

IPPNW und SPD: Mitteilungen an die Presse

Nach einem Gespräch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und des SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz mit dem Vorstand der deutschen Sektion der Vereinigung „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ erklärte Willy Brandt heute vor der Presse in Bonn:

Auf Einladung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt fand heute ein Gespräch zwischen Mitgliedern von Vorstand bzw. Beirat der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. (IPPNW) sowie dem Parteivorsitzenden und dem Bundesgeschäftsführer der SPD statt.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Arbeit der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Ärzteorganisation sowie Fragen der atomaren Abrüstung und des Zivilschutzes.

Im Laufe des Gesprächs zeigten sich wichtige Übereinstimmungen zwischen der SPD und der Internationalen Ärzteorganisation vor allem in folgenden Punkten:

1. SPD und IPPNW sind sich einig in der Forderung nach sofortigem Stop des Wettrüstens, insbesondere durch Einfrieren der atomaren Arsenale, einen nuklearen Teststop und ein Verbot von Weltraumwaffen, einschließlich der Anti-Satelliten-Waffen.

Wir waren uns darüber einig, daß alle Erfahrungen aus früheren Verhandlungen dafür sprechen, daß während der Abrüstungsverhandlungen auf das Testen, Weiterentwickeln und Stationieren von neuen Waffen verzichtet wird. Über Abrüstung verhandeln und gleichzeitig weiter-rüsten würde auch die atmosphärischen Verbes-

serungen im Verhältnis der atomaren Großmächte wieder gefährden. Der gelungene Genfer Gipfel darf nicht zum Dunstschleier friedfertiger Rhetorik werden, hinter dem weitere Aufrüstungsmaßnahmen stattfinden.

2. Die SPD weist den grobschlächtigen Diffamierungsversuch des CDU-Generalsekretärs Geißler gegenüber der Ärzteorganisation zurück. Geißler versucht seit Monaten die Bemühungen um eine zweite Phase der Entspannungspolitik durch eine Anti-Amerikanismus-Kampagne aus dem Geist der 50er Jahre zu konterkarieren. Seitdem er spürt, daß er mit diesem Vorhaben selbst in der eigenen Partei zu scheitern droht, schlägt er immer hektischer um sich, nun also auch gegen die Internationale Ärzteorganisation. Wir bedauern, daß die Union es Herrn Geißler erlaubt, die Kampfbegriffe des ersten kalten Krieges auszugraben und damit einen neuen kalten Krieg zu beginnen. Die SPD wird die krampfhaft Reideologisierung des Ost-West-Dialogs nicht hinnehmen.

3. Die Vertreter der Ärzteorganisation für die Verhütung des Atomkrieges legte ihre Einschätzung des neuen Zivilschutzgesetzes vor. SPD und Ärzteorganisation stimmen mit der Forderung des Deutschen Roten Kreuzes nach unverzüglicher und vorbehaltloser Ratifizierung der Genfer Zusatzprotokolle zum Kriegsvölkerrecht überein. Die von der Bundesregierung verfolgte Ausklammerung des Atomwaffeneinsatzes aus den Verbotsvorschriften des Kriegsvölkerrechts einerseits und Förderung des Atombunkerbaus andererseits sind ein unerträglicher Gegensatz.

4. Der Parteivorsitzende und Bundesgeschäftsführer der SPD konnten sich in dem Gespräch in sehr konkreter Weise mit den Verdiensten der Internationalen Organisation vertraut machen, die zur Verleihung des Friedensnobelpreises 1985 geführt haben. Es ist beeindruckend, in welchem Ausmaße beispielsweise die amerikanische und sowjetische Sektion der Internationalen Ärzteorganisation in ihren jeweiligen Ländern für die Aufklärung über die katastrophalen Konsequenzen eines Atomkrieges beigetragen haben. Die Ärzteorganisationen haben in beiden Ländern das öffentliche Bewußtsein über die Unmöglichkeit eines lebenswürdigen Überlebens im Atomkrieg wachergerüttelt.

Diese Sensibilisierung der öffentlichen Meinung trägt erheblich zur Verankerung des Bewußtseins in der Bevölkerung und damit auch in der Politik bei, daß es im Atomzeitalter letztendlich um die Alternative geht, entweder gegeneinander unterzugehen oder miteinander gemeinsame Sicherheit anzustreben.

5. SPD und IPPNW sind sich auch darin einig, daß eigene Initiativen zum Anhalten des atomaren Wettrüstens ebenso von gesellschaftlichen Gruppen wie auch von kleineren Ländern ausgehen sollten. In diesem Zusammenhang begrüßten beide die Abrüstungsinitiative der sechs Staats- und Regierungschefs aus vier Kontinenten (Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden, Tansania) für ein sofortiges Einfrieren der atomaren Arsenale, für einen Teststop und ein Verbot der Weltraumwaffen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Listen demokratischer Ärzte gratuliert der IPPNW zum Friedensnobelpreis

Er ist eine Ermutigung für die Friedensbewegung.
Ein Ansporn für unsere Aktivitäten

– für eine soziale Medizin, für konsequent demokratische Berufspolitik, gegen Kriegsméizin und Zivilschutzgesetz

Oppositionelle Ärzte in den Ärztekammern gibt es bereits in den meisten Bundesländern.



Kontaktadressen:

Winfried Beck
Atzelbergstr. 46
6000 Pfankfurt/M 66

Erhard Knauer
Maria-Theresia-Allee 59
5100 Aachen

Thomas Dersee
Lankwitzerstr. 11
1000 Berlin 45

Klaus Hennike
Am Mühlrain 106
6903 Neckargemünd

Gerd Schwandner
Kirchweg 41
7543 Engelsbrand

Stephan Straub
Bismarckstr. 83
7000 Stuttgart 1

Edmund Hermes-Husemann
Spillheide 78
4300 Essen 16

Matthias Albrecht
Am Kuhlenweg 22
4600 Dortmund

Karl-Werner Töpler
Gleiwitzer Str. 22 c
4800 Bielefeld

Ulrike Hartung-Heidecke
Kriegerweg 95
4400 Münster

Hermann Boit
Walter-Hans-Schultze-Str.
3300 Braunschweig

Bernd Kalvelage
Eppendorfer Baum 34
2000 Hamburg 20

Hermann Glonig
Montenstr. 1
8000 München 19

Irene Luther
Neusenstr. 54
8700 Würzburg

Claus Theres
Pfalzweg 4
6601 Saarbrücken